

Mündliche Anfragen

zur Fragestunde

in der 12. Plenarsitzung vom 9. November 2006

1. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 09. 10. 2006

Überlieferung der Milchquote 2005/2006

- a) Wie hoch waren im abgelaufenen Milchwirtschaftsjahr von April 2005 bis März 2006 jeweils die Überlieferungen der Milchquote in der EU, Italien, Polen, Deutschland und Baden-Württemberg und mit welchen Konsequenzen haben die Milchbauern zu rechnen?
- b) Mit welchen Rückforderungsbeträgen und mit welchen Rückforderungsmodalitäten müssen ggf. die deutschen und baden-württembergischen Milcherzeuger rechnen?

2. Anfrage des Abg.
Gustav-Adolf Haas SPD

Eingang: 26. 10. 2006

Verpflichtung von Banken und Sparkassen zur Kontoführung für Arbeitslosengeld II-Empfänger

- a) Ist der Landesregierung bekannt, ob es zutrifft, dass Banken und Sparkassen Sozialleistungsempfängern (insbesondere für die Auszahlung von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I oder II, Krankengeld, Rente, Kindergeld etc.) vermehrt die Einrichtung eines Girokontos verweigern, obwohl es zumindest bei einem Teil der Institute dafür eine freiwillige Selbstverpflichtung gibt, die dem entgegensteht?
- b) Ist der Landesregierung bekannt, ob es Absprachen zwischen Banken und Sparkassen gibt, solchen Personen bei bestehenden Pfändungsbeschlüssen die Einrichtung eines Girokontos zu verweigern?

3. Anfrage des Abg.
Christoph Bayer SPD

Eingang: 30. 10. 2006

L-123-Umfahrung Staufen

- a) Ist der Beginn für den Bau der L-123-Umfahrung Staufen für das Jahr 2009 realistisch, und stehen hierfür die nötigen Finanzmittel zur Verfügung?
- b) Sind der Landesregierung Umstände bekannt, die der Realisierung des Projekts entgegenstehen?

4. Anfrage des Abg.
Jürgen Walter GRÜNE
Eingang: 02. 11. 2006
- Ankauf badischer Kulturgüter durch das Land Baden**
- Welchen konkreten Inhalt hat das aufgrund einer Vereinbarung des Landes Baden mit dem Haus Baden vom badischen Landtag am 1. April 1930 beschlossene und am 17. April 1930 veröffentlichte Gesetz zum Ankauf badischer Kulturgüter?
5. Anfrage des Abg.
Hagen Kluck FDP/DVP
Eingang: 03. 11. 2006
- Kosten der Antiterrordatei**
- a) Mit welchem einmaligen finanziellen Mehraufwand ist das Land bei der Einrichtung einer gemeinsamen standardisierten zentralen Antiterrordatei beteiligt?
- b) Welche sachlichen und personellen Mehrkosten ergeben sich durch den laufenden Betrieb der Antiterrordatei jährlich für den Landeshaushalt?
6. Anfrage des Abg.
Hagen Kluck FDP/DVP
Eingang: 06. 11. 2006
- Ergebnisse der landesweiten Fahndungswoche vom 23. bis 29. Oktober 2006**
- a) Bei wie vielen der 9.686 überprüften Personen gab es Hinweise, die gezielt auf Verbindungen zum islamistischen Terrorismus deuten?
- b) Bei wie vielen der überprüften Personen konnten Erkenntnisse beispielsweise über Personenverbindungen zum islamistischen Terrorismus gewonnen werden?
7. Anfrage des Abg.
Reinhold Pix GRÜNE
Eingang: 06. 11. 2006
- Prioritätensetzung des Landes im Rahmenprogramm der Genehmigung des Investitionsrahmenplans**
- a) Nach welchen Gesichtspunkten werden Zustimmungen oder Ablehnungen bei der Abstimmung zum Investitionsrahmenplan seitens des Landes erteilt?
- b) Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, den Stadttunnel Freiburg, der im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans verzeichnet ist und wichtige regionale und überregionale Bedeutung hat, in den Investitionsrahmenplan aufzunehmen?
8. Anfrage der Abg.
Theresia Bauer GRÜNE
Eingang: 06. 11. 2006
- Möglicher Entfall der Zweckentfremdungsverordnung sowie Planungen zur Fehlbelegungsabgabe**
- a) Ist es zutreffend, dass die Landesregierung die Zweckentfremdungsverordnung inklusive der zehnjährigen Kündigungssperrfrist nicht verlängern will, und wenn ja, welche der betroffenen Kommunen Freiburg i. Br., Heidelberg, Konstanz, Mannheim und Tübingen hat um eine Verlängerung der Verordnung nachgesucht bzw. Zustimmung oder Ablehnung geäußert?
- b) Wie weit sind die Planungen der Landesregierung zur Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe fortgeschritten?